

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 14.08.2013
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Grix, Helga
Meyer, Lina
Roß-Boeters, Fenke
Stöhr, Friedrich

CDU-Fraktion
Kronshagen, Heinrich
Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Lechner, Katja
Marsal, Andrea

FDP-Fraktion
Bolinius, Erich für Hillgriet Eilers (bis 17:50 Uhr)

Beratende Mitglieder
Dietrich, Jürgen
Kandziora, Marianne
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian
Steinmeyer, Elke

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst Stadtrat

von der Verwaltung
Büusker, Wilhelm
Decker, Ubbo Dr.
Knochenhauer, Annett
Kromminga, Engelbert
Snakker, Kerstin
Mansholt, Dieter (bis 18:05 Uhr)

Protokollführung
Rauch, Agnes

Gast
Graf, Wilfried (ab 17:10 Uhr)

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 14.08.2013

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau E. Meyer erklärt, Herr Bolinius habe darum gebeten, den Tagesordnungspunkt 10 „Förderung von Seniorinnen und Senioren“ vorzuziehen, da er noch einen weiteren Termin wahrnehmen müsse. Sie schlage, diesen Punkt im Anschluss an die Beschlussvorlagen zu behandeln.

Herr Kronshagen fragt an, aus welchem Grunde der gemeinsame Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion bezüglich der Altenpflegeeinrichtungen nicht auf der heutigen Tagesordnung stehe. Es sei in der letzten Sitzung zugesagt worden, dass nach den Sommerferien die Auskunft vorliegen würde.

Frau E. Meyer bittet die Verwaltung, dazu unter dem Tagesordnungspunkt „Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters“ Stellung zu nehmen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses Gesundheit und Soziales am 24.04.2013 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 8 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 24.04.2013 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses Gesundheit und Soziales am 29.05.2013 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 9 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 29.05.2013 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 6 Delegiertenversammlung des Seniorenbeirats der Stadt Emden
Vorlage: 16/0884

Frau Snakker erläutert die Vorlage.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt, das Verzeichnis der in der Altenarbeit tätigen Organisationen, Einrichtungen und Dienste, die berechtigt sind, eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Delegiertenversammlung zu entsenden, inklusiv der berechtigten Einzeldelegierten um das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Emden e. V., zu erweitern.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Durchführung des Projektes „Betreuung als Sozialleistung“ in Kooperation mit der vor Ort tätigen Bürogemeinschaft der Berufsbetreuer
Vorlage: 16/0889

Frau Snakker erläutert die Vorlage.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau L. Meyer führt aus, die SPD-Fraktion würde das Projekt eigentlich sehr gut finden. Sie fragt an, wer die Berufsbetreuer aussuchen würde und wie dieses ablaufe. Sie habe gehört, dass einige Berufsbetreuer sich überhaupt nicht kümmern würden. Wenn jetzt diese auch die neue Sozialleistung übernehmen sollten, habe sie große Sorge.

Frau Snakker erklärt, die Verwaltung habe mit den Berufsbetreuern das Projekt gewählt, weil es auf das bestehende Netzwerk aufbauen würde. Schon jetzt seien sehr viele Kontakte bei öffentlichen Einrichtungen wie z. B. Banken und Gerichten vorhanden, sodass sich die Berufsbetreuer nicht noch einmal legitimieren müssten. Bis auf einen seien auch alle Berufsbetreuer in Emden in der Bürogemeinschaft tätig. Es sei geplant, dass über die Clearingstelle der erste Kontakt mit der betroffenen Person hergestellt werde. Die Clearingstelle würde dann mit der Bürogemeinschaft sprechen, wer diesen Auftrag übernehme. Auch würden klare Vorgaben gemacht werden, wie z. B. die Vorgabe des Zeitrahmens. Somit würde die Federführung und Steuerung in den einzelnen Fällen bei der Clearingstelle liegen. Die Projektleitung habe man bewusst an die Bürogemeinschaft übergeben, da man in Kooperation treten und das Ganze ungern stark verwaltungslastig machen wolle.

Herr Bolinius hält die von Frau L. Meyer gemachten Vorwürfe für schwerwiegend. Ihm sei bekannt, dass der Berufsbetreuer immer nur eine ganz gewisse Zeit zur Verfügung habe, um etwas zu erledigen. Seiner Meinung nach könne diese pauschale Anschuldigung hier so nicht stehen bleiben.

Weiter bemerkt Herr Bolinius, er würde empfehlen, dass der Betreuer die Betroffenen aufsuchen würde, da die Leute sehr labil seien. Abschließend stellt er die Frage, was die Betreuer pro Stunde für ihre Arbeit bekommen würden.

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 14.08.2013

Frau Snakker führt aus, es werde der erste Kontakt über die Clearingstelle hergestellt. Diese Stelle mache eine aufsuchende Hilfe, gehe somit auch in die Wohnungen zu den Leuten und versuche erst einmal, eine Art Vertrauensbasis herzustellen. Es sei sehr schwierig, gerade an diesen Personenkreis überhaupt heranzukommen. Auch bei den Berufsbetreuern werde sicherlich aufsuchende Arbeit gewährleistet. Um die Hürden möglichst gering zu halten, versuche man, dieses Angebot möglichst niedrigschwellig anzusetzen.

Hinsichtlich der Vergütung bemerkt Frau Snakker, hier habe man sich an das angelehnt, was die Berufsbetreuer entsprechend ihrer Qualifikation nun auch schon bekämen, wenn sie eine gesetzliche Betreuung wahrnehmen würden. Dieses seien momentan 44 € pro Stunde inkl. aller Kosten, die damit zusammenhängen würden.

Frau Marsal erklärt, ihre Fraktion würde das Projekt sehr gut finden, weil es eine Beratungslücke schließen und eine Betreuung sehr zeitnah stattfinden würde.

Herr Götze hält dieses Projekt auch für notwendig. Aus eigener Erfahrung wisse er, dass es sich hierbei oftmals um Leute handeln würde, die bestimmte Dinge bisher nicht gemacht hätten und nun nicht wissen würden, wo sie hingehen sollten. Erschwerend käme noch hinzu, dass es früher das Sozialamt gegeben habe. Beim heutigen Jobcenter gäbe es immer problematische Situationen hinsichtlich der Zuständigkeit. Gerade für solche Fälle sei dieses Projekt wirklich zukunftsweisend.

Herr Müller-Goldenstedt stellt heraus, über den Tagesaufenthalt könne er eine gute Zusammenarbeit mit allen Berufsbetreuern feststellen. Die Vorwürfe könne er so nicht nachvollziehen. Herr Müller-Goldenstedt fragt an, wie hoch der Zeitaufwand pro Fall gesehen werde.

Frau Snakker entgegnet, die Verwaltung habe die Erfahrung gemacht, dass man von 15 bis 20 Stunden pro Fall ausgehen könne, wenn es darum gehe, wirklich kurzfristige Hilfe zu leisten. Es sei nicht geplant, langfristige oder begleitende Hilfen zu leisten. Man müsse sehen, ob man mit diesem Zeitrahmen richtig liegen würde und ob diese Stundensätze tatsächlich so bleiben könnten.

Herr Dietrich stellt fest, er könne die Hinweise von Frau L. Meyer ebenfalls nicht nachvollziehen, zumal ihm solche Vorfälle auch nicht bekannt seien. Er bittet zu bedenken, dass es bei allen Beratungsleistungen darum gehe, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Die Menschen sollen in den Stand versetzt werden, zukünftig perspektivisch ihre Angelegenheiten auch selbst zu regeln. Von daher sei es seiner Ansicht nach ein lange überfälliges Projekt.

Herr Kronshagen erklärt, durch seine Tätigkeit bei der OBW und Agilio kenne er sehr viele Berufsbetreuer. Auch seien die Familien der Betreuten immer zufrieden gewesen. Für ihn sei es wichtig, dass man zu den Menschen in die Häuser gehe und sie dort abhole, wo sie wohnen würden. Nur so könne man ihnen die Schwellenängste z. B. vor dem Sozialamt nehmen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Graf ist erfreut darüber, dass wieder etwas für Menschen getan werde, die Schwierigkeiten hätten. Er stellt die Frage, inwieweit hier dem Jobcenter die Arbeit genommen werde und ob dieses Projekt abgestimmt worden sei.

Frau Snakker weist darauf hin, dass man hier nicht den Fehler machen dürfe und sagen, dem Jobcenter würde die Arbeit weggenommen werden. Dieses werde nicht passieren. Es gehe hier über die normale Sachbearbeitung sowohl im Jobcenter als auch im Fachbereich Gesundheit und Soziales hinaus, weil es darum gehe, die Leute an die Hand zu nehmen und zu den Behörden etc. zu begleiten, sie anzustoßen und auch ein bisschen motivierende Arbeit zu leisten. Sie gehe davon aus, dass diese Arbeit derzeit weder im Jobcenter noch im Fachbereich 500 geleis-

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 14.08.2013

tet werde. Abschließend stellt sie heraus, es gehe nicht darum, diesen Personenkreis in Arbeit zu vermitteln.

Frau Kandziora bemerkt, im Vorfeld der Sitzung habe der Seniorenbeirat auch über dieses Thema gesprochen. Da es in erster Linie Senioren sein werden, die solche Hilfe in Anspruch nehmen würden, befürworte der Seniorenbeirat dieses Projekt.

Frau Steinmeyer erklärt, als beratendes Mitglied für den Behindertenbeirat sei es ihr ganz wichtig, sich ihren Vorrednern anzuschließen. Beruflich arbeite sie seit vielen Jahren mit Berufsbetreuern zusammen und habe die von Frau L. Meyer angesprochene Erfahrung nicht gemacht. Weiter weist sie darauf hin, dass es ihrer Ansicht nach nicht überwiegend Senioren seien, die diese Betreuung in Anspruch nehmen würden, sondern gerade auch im Bereich von psychisch beeinträchtigten Menschen sei ein ganz großer Bedarf vorhanden. Daher begrüße sie dieses Projekt. Abschließend fragt sie an, ob bereits vergleichbare Projekte in Niedersachsen auf den Weg gebracht worden seien.

Frau Snakker entgegnet, diese Frage könne sie nicht beantworten.

Herr Dr. Decker führt aus, da die Clearingstelle im Gesundheitsamt angegliedert sei, könne er feststellen, dass sich die Altersgruppen und das Klientel verändert hätten. Gerade das Thema Überschuldung von jungen Leuten spiele in letzter Zeit eine große Rolle.

Beschluss: Der Verwaltungsausschuss beschließt die Durchführung des Projektes „Betreuung als Sozialleistung“ in Kooperation mit den von Ort tätigen Berufsbetreuern für die Zeit vom 16.09.2013 bis 15.09.2014.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Vorstellung des Budgets 2014 des Fachbereiches 500 gemäß des Eckwertebeschlusses 2014
Vorlage: 16/0878/1

Herr Jahnke führt aus, die Verwaltung habe sich vorgenommen, in den Fachausschüssen insgesamt die Zahlen und die eigentlichen Ziele der jeweiligen Fachbereiche vorzustellen sowie die wesentlichen Einnahme- und Ausgabequellen zu erläutern.. Das Ganze bilde letztendlich auch die Grundlage für die Mitglieder der Strukturkommission. Wie bekannt sei, würden Einsparungen in nicht unerheblicher Höhe vorgenommen werden müssen, um den nächsten Haushalt ausgleichen zu können.

Frau Knochenhauer stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Budget des Fachbereichs 500 für das Jahr 2014 ausführlich vor. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Marsal fragt an, warum man von einer Verringerung der Unterbringungskosten ausgehe und was dahinterstecke.

Herr Büüsker entgegnet, es werde mit einer Verringerung der Bedarfsgemeinschaften gerechnet. Nachdem die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im letzten Jahr zurückgegangen sei, sei

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 14.08.2013

sie jetzt etwas angestiegen, sodass man nunmehr bei einer Zahl von 2.800 liegen würde. Er rechne jedoch nicht damit, dass man wieder an die Zahl von 2012 herankomme.

Frau Knochenhauer ergänzt, man habe sich am Planwert 2013 orientiert und im Rahmen der Budgetplanung auch das Ist von 2012 angesehen. Dieses würde niedriger liegen als der Planwert 2013, sodass man schon entsprechende Komponenten mit einbezogen habe.

Auf die Frage von **Frau Marsal**, was hinter der Verringerung der Bedarfsgemeinschaften stecke, antwortet **Herr Büüsker**, die Anzahl der unterschiedlich begründeten Fallabgänge würde die Anzahl der Neuzugänge übersteigen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Finanzielle Förderung von Vereinen und Verbänden für soziale und gesundheitliche Aufgaben
Vorlage: 16/0891

Herr Dr. Decker erinnert daran, der Rat habe neben der projektbezogenen Förderung von Vereinen und Verbänden im Bereich Gesundheit und Soziales auch noch die Förderung von Vereinen mit kleinen Summen beibehalten. Es seien nunmehr vier Anträge eingegangen, die entsprechend der Antragssumme auch bewilligt worden seien. Ergänzt werden müsse diese Vorlage noch um den Verein „Café an Land“, der auch noch einen entsprechenden Zuschuss bekommen werde.

Frau L. Meyer fragt an, wofür diese Gruppen ihr Geld ausgeben würden.

Herr Dr. Decker sagt eine Antwort über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Es handelt sich in allen Fällen um eine institutionelle Förderung der in den Vereinen geleisteten Arbeit für ihre satzungsgemäßen Aufgaben.

Herr Graf bedankt sich im Namen der Selbsthilfegruppe des Diabetikerbundes für den bewilligten Zuschuss, den diese Gruppe hauptsächlich für Vorträge und Porto nutzen werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 10 Förderung von Seniorinnen und Senioren; Antrag der FDP-Fraktion vom 16.06.2013
Vorlage: 16/0890

Herr Bolinius erläutert kurz seinen Antrag.

Frau Snakker erklärt, die Stadt Emden habe im März 2008 und März 2009 Anträge auf Förderung gestellt. Beide Anträge seien damals abgelehnt worden. Auf Anfrage habe die Verwaltung dem Ministerium geantwortet, dass die Stadt Emden zwar eine Neuorganisation der Beratungsstrukturen begrüßen würde, eine Zusammenlegung mit dem Pflegestützpunkt aufgrund der dort gemachten guten Erfahrungen eher nicht in Erwägung ziehen würde.

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 14.08.2013

Hinsichtlich der Einrichtung eines Beratungsstützpunktes im Stadtteil Borssum führt Frau Snakker weiter aus, hier seien Förderanträge gestellt worden, um die Finanzierung auch auf andere Beine zu stellen. Wie sie erfahren habe, werde die Einrichtung gefördert. Jedoch wisse sie nicht, in welcher Höhe und Form diese Förderung durchgeführt werde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. MRSA in Emden; Anfrage von Herrn Müller-Goldenstedt in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 24.04.2013

Herr Dr. Decker bezieht sich auf eine Anfrage in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales hinsichtlich der Zahlen von MRSA-Erkrankungen in Emden. Daraufhin habe er versucht, entsprechende Zahlen vom Krankenhaus zu bekommen. Doch das Krankenhaus habe nur die meldepflichtigen Erkrankungen bekanntgegeben. Meldepflichtig seien lediglich die Erkrankungen, die ins Blut übergegangen seien. Das seien nur wenige Fälle, die meisten MRSA-Fälle seien Wundinfektionen oder Besiedlungen im Nasen-Rachen-Raum. Im Blut nachweisbar seien im Jahr 2011 ein Fall, 2012 zwei Fälle und 2013 auch bisher zwei Fälle gewesen.

Auf die Frage von **Frau Marsal** aus welchem Grund das Klinikum die Zahlen nicht herausgegeben habe, antwortet **Herr Dr. Decker**, eine Begründung sei nicht genannt worden.

2. Alten- und Pflegeheime; Anfrage von Herrn Kronshagen unter TOP 2

Herr Kromminga erklärt, die Verwaltung hätte heute sowieso zu dem Punkt Stellung genommen. Weiter führt er aus, eine abschließende Beantwortung sei im Moment nicht möglich, da die Stellungnahme des Niedersächsischen Datenschutzbeauftragten noch ausstehen würde. Diese habe sich aufgrund der Urlaubszeit verzögert.

TOP 12 Anfragen

1. Öffnungszeiten

Herr Graf bezieht sich auf eine Mitteilung in der Presse, wonach das Grundsicherungsamt zeitweise geschlossen habe. Er fragt an, an welche Stelle sich dann die Betroffenen wenden könnten.

Frau Snakker entgegnet, Hintergrund dieser derzeitigen Schließungen seien mehrere Krankheitsfälle in diesem Bereich. Daher werde bis Ende des Jahres montags und mittwochs geschlossen. In dieser Zeit würde jedoch auch der Info-Schalter im Verwaltungsgebäude III die Anträge annehmen. Frau Snakker verweist hinsichtlich der Antragsherausgabe auf die Öffnungstage. Es gehe hier darum, dass für die Bearbeitung der Vielzahl von Anträgen nur noch zwei von fünf Kollegen zur Verfügung stehen würden. Um sicherzustellen, dass die gestellten Anträge auch bearbeitet werden könnten, habe man sich für diese Regelung entschieden.

2. Masern-Erkrankungen

Frau L. Meyer fragt, ob auch in Emden die Masern-Erkrankungen angestiegen seien.

Protokoll Nr. 10 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 14.08.2013

Herr Dr. Decker führt aus, vor ca. zehn bis zwölf Jahren habe es eine richtige Masern-Epidemie in Emden gegeben. Da mittlerweile aber die Impfquote auf über 90 % angestiegen sei, habe sich dieses auch positiv auf die Anzahl der Erkrankungen ausgewirkt, die in Emden nicht so zahlreich wie anderenorts gewesen seien. Die Berichterstattung habe auch viele Bürgerinnen und Bürger motiviert, über das Thema nachzudenken und sich impfen zu lassen. Wunsch sei es, die Masern ganz und gar auszurotten. Dazu sei jedoch eine hohe Impfbereitschaft in der Bevölkerung notwendig. Aus diesem Grunde werde auch immer wieder auf das Thema hingewiesen.

3. Bildungs- und Teilhabepaket

Frau Lechner fragt an, wie zurzeit die Bearbeitung der Anträge zum Bildungs- und Teilhabepaket laufen würde. Sie habe schon des Öfteren gehört, dass Zahlungen nicht so geleistet würden, wie es sein sollte. Auch müssten die Betroffenen das Geld vorstrecken. Zudem würde es Probleme mit der Zahlung für das Mittagessen an den Schulen geben, da hier teilweise Zahlungen noch ausstehen würden.

Herr Büüsker erklärt, die Mitarbeiterin, die speziell für das Bildungs- und Teilhabepaket eingesetzt worden sei, würde sehr zeitnah die Anträge bearbeiten, sodass kaum Anträge langfristig liegenbleiben würden. Da ihm keine Schwierigkeiten in diesem Bereich bekannt seien, bitte er um nähere Informationen.

Frau Knochenhauer bezieht sich auf die Frage zu den Schulen und bemerkt, zuerst habe man mit Abschlägen gearbeitet und dann kurze Zeit ausgesetzt. Aufgrund eines Bearbeitungsrückstaus in der Abarbeitung der Rechnungen sei man nunmehr wieder dazu übergegangen, entsprechende Abschläge an die Schulen zu zahlen.

Frau Lechner teilt mit, die Schulen würden teilweise das Mittagessen aus dem Schulbudget zahlen. Dieses sei nicht richtig, da diese Gelder für andere Bereiche benötigt würden. Sie könne auch nicht nachvollziehen, dass Personen, die wenig Geld zur Verfügung hätten, Nachhilfe über einen längeren Zeitraum bezahlen müssten und dann zusehen müssten, dass sie ihr Geld bekämen.

Frau Knochenhauer entgegnet, im Bereich der Lernförderung sei es so, dass nach Antragsstellung direkt mit denjenigen Unternehmen abgerechnet werde, die diese Lernförderung durchführen. Ihr seien keine Fälle bekannt, in denen Eltern entsprechend in Vorleistung treten müssten.

Frau E. Meyer regt an, sich im Anschluss an die Sitzung bezüglich dieses Problems noch einmal kurzzuschließen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.